

**Beschluss** (gegen die Stimmen von CSU, ÖDP/München Liste, Freie Wähler, FDP – BAYERNPARTEI, DIE LINKE. und AfD)

1. Das Kulturreferat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Direktorium die Einrichtung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur beim Kulturreferat zum 01.01.2022 umzusetzen.
2. Die Aufgaben und Kapazitäten des Sachgebietes „Zeitgeschichte“ des Stadtarchivs werden mit Wirkung zum 01.01.2022 auf das Kulturreferat übertragen. Das POR wird beauftragt, die Personalauszahlungen ab 2022 in entsprechender Höhe in den Teilhaushalt des Kulturreferates zu übertragen.
3. Das Personal- und Organisationsreferat, P 3.3, wird beauftragt, 2021 entsprechende Unterstützungsleistungen für die betroffenen Bereiche einzuplanen und das Direktorium und das Kulturreferat entsprechend zu unterstützen.
4. Das Kulturreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel dauerhaft i. H. v. bis zu 88.950 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 anzumelden. Darüber hinaus wird das Kulturreferat gebeten, die Einrichtung von 1,0 Stelle und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.  
Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 29.368 € (40% des JMB).
5. Das Kulturreferat wird beauftragt, die einmaligen Sachkosten zur Einrichtung und Ausstattung der Arbeitsplätze in Höhe von 2.000 Euro und die konsumtiven Arbeitsplatzkosten in Höhe von 800 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 anzumelden.

6. Das Produktkostenbudget des Produktes 36250100 (Kulturreferat Förderung von Kunst und Kultur) erhöht sich ab 2022 durch die Stellenschaffung um 121.118 €, davon sind 91.750 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
7. Konsumtive Budgetanteile des Sachgebiets Zeitgeschichte im Direktorium-Stadtarchiv sowie das investive und konsumtive Budget der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen werden 2022 in den Haushalt des Kulturreferats (künftig Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur) übertragen.
8. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 05763, „Stadtarchiv zum Institut für Stadtgeschichte weiterentwickeln“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 31.07.2019 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
9. Das Kulturreferat berichtet dem Stadtrat über den Umsetzungsprozess 2023.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.